

ÜBERLEGUNGEN ZUR ENERGIEPOLITIKA) Allgemeines

Die Entwicklung der Weltenergiesituation in den letzten Jahren macht eine sorgfältige Überprüfung der für die Energieversorgung bestimmenden Faktoren notwendig. Im folgenden werden kurz die wesentlichen Merkmale der gegenwärtigen Lage aufgezeigt, die im Interesse einer künftigen Erfordernissen entsprechenden Energiepolitik dringend neu überdacht werden sollte.

- 1) Das Anwachsen der Welterdölreserven in einem den Erwartungen entsprechenden Ausmass hat zu der bisher allgemein vertretenen Annahme geführt, der Erdölbedarf könne in beliebigen Mengen aus diesen Reserven gedeckt werden. Diese Annahme kann nicht mehr länger aufrechterhalten werden, da die Hauptexportländer aus zwei gewichtigen Gründen in Zukunft nicht bereit sein könnten, die Förderung ihrer Erdölreserven den jeweiligen Bedürfnissen der Verbraucherländer entsprechend anzupassen.
 - a) Jene Staaten, die nur über begrenzte Ölvorkommen verfügen, werden möglicherweise nicht gewillt sein, diese so schnell abbauen zu lassen, dass ihnen dadurch die ständige Einnahmequelle für ihre langfristige Entwicklung zu rasch verlorenggeht. Diese Haltung würde sich bei steigenden Ölpreisen verstärken.
 - b) Andere Länder mit bedeutenden Ölreserven, aber mit geringer Bevölkerung und einer erst im Aufbau befindlichen Wirtschaft werden nicht in der Lage sein, die gewaltigen Einnahmen aus einer steigenden Produktion und höheren Preisen im Rahmen der eigenen Volkswirtschaft zu verwerten. Sie könnten es vorziehen, den Abbau ihrer Bodenschätze zu verlangsamen statt

diese überschüssigen Einnahmen im Ausland risikoreich zu investieren oder sie in ausländischen Banken zu deponieren.

- 2) In den USA haben sich die Erwartungen, neue heimische Erdöl- und Erdgasvorräte zu entdecken, nicht erfüllt. Als Folge davon nehmen die Anforderungen der USA an die Erdöl- und Erdgasvorkommen ausserhalb ihres Landes derzeit drastisch zu.
- 3) Der Weltenergiebedarf wird sich zwischen 1970 und 1985 nach vorsichtigen Schätzungen mindestens verdoppeln, wobei der Erdölbedarf - die Verfügbarkeit vorausgesetzt - in den drei Hauptverbrauchsgebieten Westeuropa, Nordamerika und Japan zusammen von 1,7 Mrd. t auf etwa 3,7 Mrd. t im Jahre 1985 steigen wird.
- 4) Obwohl in diesen Gebieten der erhöhte Bedarf und die steigenden Preise eine bis zu einem gewissen Ausmass erhöhte Versorgung aus heimischen Vorkommen zur Folge haben werden, ist man allgemein der Ansicht, dass sich dadurch keine wesentliche Verbesserung der Situation ergeben wird. Der Importbedarf dieser drei Hauptverbrauchsgebiete wird nämlich von 1 Mrd. t im Jahre 1970 auf voraussichtlich 2,7 Mrd. t im Jahre 1985 steigen. Der Grossteil dieses Anstiegs um 1,7 Mrd. t kann aber nur aus dem Nahen Osten gedeckt werden, einem Gebiet, das 1970 nur 650 Mill. t exportierte.
- 5) In naher Zukunft könnte das besonders starke Ansteigen der US-Importe zusätzlich zu der normalen Bedarfszunahme der übrigen Verbraucherländer dann zu einer ernststen Versorgungsknappheit führen, wenn die Haupterdölexportländer Produktionsbeschränkungen verfügen. Beträchtliche Preissteigerungen würden in diesem Fall zu weiteren Erhöhungen der Einkünfte der Exportländer führen, insbesondere der Länder des Nahen Ostens, die

eine Schlüsselposition im Erdölexport einnehmen. In den Staaten mit einem begrenzt aufnahmefähigen Geldmarkt würde der Anreiz zu Produktionsbeschränkungen umso grösser sein, je höher die Preise steigen.

- 6) Eine Situation steigender Preise und einer wachsenden Versorgungsknappheit könnte zwischen den Hauptverbraucherländern zu einem Wettbewerb in der Weise führen, dass sich einzelne Länder Vorkaufsrechte für verfügbare Mengen sichern. Eine derartige, bereits jetzt gelegentlich zu beobachtende Entwicklung müsste zwangsläufig die Flexibilität der Versorgung immer mehr einschränken und damit zusätzlich preiserhöhende Auswirkungen haben.
- 7) Es gibt keine Patentlösungen für eine aus solchen Ursachen möglicherweise entstehende Ölverknappung. Die seinerzeit für Notfälle "eingefrorenen" Produktionskapazitäten in Texas, Louisiana, Venezuela und im Nahen Osten wurden bereits alle herangezogen, um den wachsenden Bedarf zu decken.

Der Preismechanismus kann kurzfristig kaum ein Anbot alternativer Energieträger oder die Erschliessung neuer Ölvorkommen bewirken. Darüber hinaus hat sich in der Vergangenheit erwiesen, dass steigende Preise keinen wesentlichen Einfluss auf eine Verringerung der Nachfrage nach Erdöl hatten.

Für die meisten Verwendungszwecke des Erdöls - gegenwärtig im Grunde genommen fast für alle Verwendungszwecke - gibt es keine praktikable Alternative. Die Nachteile und Unannehmlichkeiten, die dem Verbraucher durch die Verwendung anderer Energien entstehen, sind so gross, dass die Nachfrage in nächster Zeit von steigenden Preisen kaum beeinflusst werden wird. Eine wesentliche Änderung der Verbrauchsstruktur als Reaktion auf fühlbare Preisunterschiede zwischen den einzelnen Energieträgern ist nämlich nur über einen längeren Zeitraum zu erwarten.

- 8) Die Zeitspanne zwischen der Entdeckung eines Ölvorkommens und seiner kommerziellen Förderung wird immer länger. Darüber hinaus wird die Erdölförderung immer wieder durch behördliche Massnahmen und Umweltschutzerwägungen behindert. Die dadurch entstehenden Verzögerungen, erfolgreiche Erdölfunde zu voller Produktion zu bringen, würden solchen Funden vor Ende dieses Jahrzehnts nur geringe, oft nicht einmal regionale Bedeutung geben. So würden z.B. 100 Mill. t aus Alaska und 100 bis 150 Mill. t aus der Nordsee nur etwa 10 % des Ölbedarfs der USA bzw. Westeuropas im Jahre 1980 decken.

Die Erschliessung neuer Rohöl- und Erdgasvorkommen wird durch eine Vielzahl von Faktoren behindert. Der Kapitaleinsatz und die Betriebskosten in neuen Fördergebieten sind bedeutend höher als in den traditionellen, selbst wenn die Ölsuche verhältnismässig erfolgreich ist.

- 9) Alternative Energiequellen, deren beschleunigte Entwicklung durchaus möglich ist, sind neben Atomenergie, Kohle und verflüssigtem Erdgas auch Teersande und Ölschiefer und sogar Wasserstoff, Methanol sowie geothermische- und Sonnenenergie. Sie alle haben jedoch ihre Nachteile, sei es aus Gründen der Technologie, der Kapitalsintensität oder des Umweltschutzes. Die grösste Schwierigkeit ist jedoch die lange Entwicklungszeit. Sogar ein forcierter Ausbau konventioneller Atomenergiekapazitäten würde kaum vor 1985 wesentlichen Einfluss auf den Erdölbedarf haben. Wenn man hingegen für Projekte, die derzeit noch im Forschungs- und Entwicklungsstadium sind, den Grossteil der verfügbaren Investitionsmittel einsetzen wollte, um sie so rasch als möglich kommerziell verwertbar zu machen, so würde dies ein radikales Bewusstwerden einer möglichen Energiekrise und gleichzeitig die Bereitschaft, alle zu ihrer Bewältigung notwendigen Massnahmen zu treffen, voraussetzen.

Eine Verminderung der Zunahme der Energienachfrage durch wirtschaftlichere Nutzung der Energie sollte ebenfalls angestrebt werden, obwohl auch hier wieder mit sehr beträchtlichen Zeitspannen bis zum Wirksamwerden etwaiger Massnahmen zu rechnen ist.

Auf lange Sicht gesehen sollte aber die Technik, wenn sie durch entsprechend hohe Investitionen unterstützt wird, das Energieproblem durchaus lösen können.

- 10) Aus den angeführten Umständen wird eine ständige Verschiebung wirtschaftlicher und politischer Macht zugunsten der bedeutenden ölproduzierenden Länder vor sich gehen. Mit dem Ausschöpfen noch vorhandener Reserven werden die Hauptverbrauchergebiete immer mehr von den jetzigen Produzentenländern abhängig. Dies wird sogar verhältnismässig kleinen Produzentenländern wachsende Macht und steigenden Einfluss auf die lebenswichtige Energieversorgung der Konsumentenländer verschaffen.
- 11) Aus dieser Situation ergibt sich für die Verbraucherländer eine Reihe ernster Konsequenzen. Vor allem wird der Import immer grösserer Mengen an Erdöl zu ständig steigenden Preisen die Zahlungsbilanzen erheblich belasten. Es wird von der Stärke und Struktur des Aussenhandels der betroffenen Länder abhängen, inwieweit die negativen Auswirkungen einer derartigen Entwicklung kompensiert werden können.

Weiters wird ein Ansteigen der Erdölpreise die Energieknappheit kurzfristig nicht vermindern, wohl aber den allgemeinen Inflationsdruck verstärken. Es wird von der wirtschaftlichen Stärke der einzelnen Länder abhängen, wieweit diese Auswirkungen und die jedenfalls dadurch ausgelösten nachfolgenden Preissteigerungen auf anderen Sektoren bewältigt werden können.

Die Verbraucherländer werden sich demnach bereitfinden müssen, einen immer grösseren Teil ihres Bruttonationalproduktes für die Energieversorgung aufzuwenden. Dies stellt eine Umkehr des bisherigen Trends dar, in dem eine zunehmende Effizienz zur Verringerung dieses Verhältnisses geführt hat. Die Energiesituation dürfte daher Anlass zu zunehmendem politischen Druck sowohl auf die Regierungen der Verbraucherländer als auch auf die traditionelle Erdölindustrie werden.

- 12) Die von der internationalen Erdölindustrie entwickelte besondere Flexibilität hat sich bei der Bewältigung von Versorgungsproblemen bereits vielfach bewährt. Weiter zunehmende staatliche Einflussnahmen und Kontrollen könnten die Wirksamkeit dieser Flexibilität äusserst ungünstig und zum Nachteil der Verbraucherländer beeinflussen. So könnte in der heutigen Lage z.B. eine Periode aussergewöhnlich strenger Kälte in den USA oder in Europa zu plötzlicher, zeitweiliger Verknappung und zu Versorgungsschwierigkeiten führen, besonders dann, wenn gleichzeitig Beschränkungen in der Verfügbarkeit bestimmter Rohölsorten aus dem Mittelmeerraum eintreten.
- 13) Die Regierungen der Verbraucherländer werden sich in zunehmendem Masse mit Energiefragen befassen müssen. Gleichzeitig wird aber auch die entscheidende Rolle der Erdölgesellschaften wichtiger als je zuvor werden. Die Gründe dafür sind ihre auch weiterhin benötigte Erfahrung, der hohe technische Stand ihrer Ausrüstung und ihre weltweite Organisation, ihre Investitionstätigkeit in allen Phasen des Ölgeschäftes vom Ölfeld bis zu den Verkaufseinrichtungen, ihre Flexibilität bei der Versorgung und ihre Anpassungsfähigkeit an die Marktbedürfnisse. Es steht ausser Zweifel, dass der Einsatz dieser durch langjährige Tätigkeit erworbenen weitreichenden Leistungsfähigkeit für die Bewältigung der künftigen Aufgaben von ganz wesentlicher Bedeutung ist.

14) Die multinationalen Erdölgesellschaften haben in den vergangenen Jahrzehnten in fast allen Ländern der freien Welt Investitionen getätigt. Aus der Rendite dieser Investitionen haben sie die Mittel für neue Aktivität geschöpft und waren so stets in der Lage, ihre weltweite komplexe Organisation den Verbrauchsbedürfnissen anzupassen. Die gelegentlich geäußerte Befürchtung, diese Gesellschaften könnten im Krisenfall genötigt sein, der Versorgung jener Länder Priorität einzuräumen, in denen ihre Muttergesellschaften ihren Sitz haben, ist unzutreffend, da sie wesentliche Gesichtspunkte ausser acht lässt. Würden sich diese Gesellschaften heute auf die Belieferung einiger weniger Länder zurückziehen, so wäre ihre Basis für die Zukunft schwer beeinträchtigt. Es liegt im vitalen Interesse der multinationalen Gesellschaften, ihre im Rahmen vieler nationaler Volkswirtschaften aufgebaute Stellung durch weitere verlässliche Belieferung der Konsumenten aufrechtzuerhalten. Sie werden daher auch in Zukunft für die Verbraucherländer ein wesentliches Element für eine gesicherte Versorgung sein.

B) Grundsätze für eine österreichische Energiepolitik

Die in den "Voraussetzungen für eine Energiepolitik" dargelegte Analyse der gegenwärtigen energiewirtschaftlichen Situation in der Welt hat auch für Österreich volle Gültigkeit. Sie ist ein Beitrag zur gegenwärtigen Diskussion über eine österreichische Energiepolitik und erlaubt eine Reihe von Schlussfolgerungen, die im Rahmen eines Energiekonzepts unbedingt Berücksichtigung finden sollten.

- 1) Die Sicherung der Energieversorgung ist trotz der mit ihr in Zusammenhang stehenden politischen Erwägungen primär doch eine wirtschaftliche Angelegenheit, die letztlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten von den damit befassten Industrien gelöst werden muss. Es ist daher notwendig, dass die in der Energiewirtschaft tätigen Industrien ungeachtet der Branche und der Eigentumsverhältnisse ohne jegliche Diskriminierung in engstmöglicher Zusammenarbeit ihre Planungen und Massnahmen durchführen.

- 2) Die zur Erstellung eines Energiekonzepts notwendigen Veranlassungen zu treffen und zu koordinieren, ist Teil der energiepolitischen Aktivität der Bundesregierung. Zweck eines Energiekonzepts sollte es sein, jene Grundsätze, Leitlinien und Massnahmen festzulegen, die geeignet sind, Wirtschaftlichkeit und Sicherheit der Energieversorgung Österreichs optimal zu gestalten. Ein Energiekonzept soll vor allem dazu beitragen, die in der Energiewirtschaft selbst liegenden Kräfte durch Förderung von Initiative und Innovation und Gewährleistung einer gesunden wirtschaftlichen Basis zu mobilisieren. Eingriffe in die sich aus Angebot und Nachfrage ergebende Marktentwicklung können im Interesse einer koordinierten Energiepolitik notwendig sein. Sie sollten aber in ihrer Zielsetzung als Teil eines energiepolitischen Gesamtkonzepts klar definiert sein.

- 3) Österreichs Energiebedarf hat sich in den letzten 10 Jahren etwa verdoppelt. Spätestens bis 1985 ist mit einer abermaligen Verdoppelung zu rechnen. Erdöl und Erdgas haben im gleichen Zeitraum ihren Anteil von rund 35 % vor 10 Jahren auf über 60 % im vergangenen Jahr gesteigert und werden 1985 voraussichtlich 65 - 70 % der in Österreich benötigten Energie liefern. Trotz weiterer Nutzbarmachung der Wasserkraft und der geplanten Errichtung von Atomkraftwerken wird die Energieversorgung Österreichs auch längerfristig zu etwa 2/3 von der Bereitstellung der benötigten Mengen an Erdöl und Erdgas abhängen. (Den erwähnten Anteilen für Erdöl und Erdgas liegt die sogenannte Substitutionsmethode bezüglich der Umrechnung der Stromerzeugung aus Wasserkraft zugrunde. Verwendet man hierfür jedoch - durchaus nicht unüblich - die Wärmeäquivalentmethode, so betragen die Anteile für Erdöl und Erdgas rund 80 %.)
- 4) Die österreichische Erdölindustrie, und zwar sowohl die staatliche wie die private/multinationale wird durch die zwischen den Produzentenländern und den Ölgesellschaften vereinbarten Beteiligungsverträge bei der Versorgung des österreichischen Marktes mit Erdölprodukten, soweit diese aus nicht konzerneigenen Rohölen hergestellt werden, in zunehmendem Ausmass vor gleichen Voraussetzungen stehen.

Die erdölproduzierenden Länder werden sich in ihrer Förder- und Absatzpolitik hauptsächlich von dem Bestreben leiten lassen, ihren durch das Erdölgeschäft zu deckenden Finanzbedarf unter Bedachtnahme auf eine ihre Vorkommen schonende Ausbeute zu höchstmöglichen Preisen zu gewährleisten. Die ihnen reichlich zur Verfügung stehenden Einkünfte in von ihnen bevorzugten Währungen werden ihnen den Einkauf der für ihre Wirtschaftsentwicklung benötigten Waren und Dienstleistungen ausschliesslich nach Gesichtspunkten optimaler Konditionen nach freier Wahl erlauben.

Bilaterale Versorgungsverträge sind aber nicht nur aus diesen grundsätzlichen Erwägungen der Produzentenländer, sondern auch vom Gesichtspunkt einer optimalen Versorgung des österreichischen Marktes problematisch. Das Ziel einer österreichischen Energiepolitik sollte die Erhaltung einer weitgehenden Flexibilität im Interesse einer Risikoverteilung sein, die Anpassungen an politische, wirtschaftliche, finanzielle und verbrauchsstrukturelle Entwicklungen und kurzfristige Ausnützung möglicher Vorteile erlaubt. Dies wird am besten durch eine Fortsetzung der bereits in der Vergangenheit erfolgreich koordinierten Tätigkeit der in Österreich arbeitenden Ölgesellschaften, die Zugang zu verschiedenen zum Teil eigenen, zum Teil fremden Rohölquellen haben, erreicht werden, und zwar auf den Sektoren Rohölbeschaffung, Transport und Verarbeitung, ohne dass dadurch am Markt die Vorteile des Wettbewerbes für den Konsumenten beeinträchtigt werden.

- 5) Eine wesentliche Aufgabe der Energiepolitik der nächsten ein bis zwei Jahrzehnte ist die Sicherung der zur Bedarfsdeckung notwendigen Energieimporte und gleichzeitig die Entwicklung alternativer, möglichst rasch einsetzbarer, im eigenen Land gelegener Energiequellen. Es steht ausser Zweifel, dass beide Aufgaben nicht bei Beibehaltung des gegenwärtigen Preisniveaus für Energie bewältigt werden können.

Auch in Österreich haben sich dem internationalen Trend entsprechend die Preise für Energie auf Erdölbasis (ohne Steuer) in den letzten zwei Jahrzehnten kaum verändert. Wesentlich haben dazu die infolge weitreichender Rationalisierungsmassnahmen und des durch Überangebot entstandenen Konkurrenzdrucks sehr stabilen und bis vor wenigen Jahren sogar zum Teil auch rückläufigen Rohölpreise beigetragen. Die Folge davon war aber ein ständiges Absinken der Rendite der Erdölgesellschaften.

Die bereits eingetretene steigende Preisentwicklung wird in den nächsten 10 - 15 Jahren aller Voraussicht nach zumindest zu einer Verdoppelung des derzeitigen Preisniveaus führen. Der Anstieg der österreichischen Rohöl- und Produktenimporte im gleichen Zeitraum um etwa das 1 1/2-fache des gegenwärtigen Niveaus, lässt eine erhebliche Belastung der österreichischen Wirtschaft durch höhere Energiepreise und einen wesentlichen Druck auf die Zahlungsbilanz voraussehen. Eine wirklich sichere Versorgung wird sich nämlich nur gewährleisten lassen, wenn die österreichische Wirtschaft in der Lage und bereit ist, einen dem internationalen Markt entsprechenden Preis für das benötigte Erdöl und Erdgas zu bezahlen.

Auch die zur Entwicklung der anderen Energiesektoren sehr erheblichen Investitionsmittel werden langfristig im wesentlichen nur über die Energiepreise zu finanzieren sein, sodass von diesen Bereichen der österreichischen Energiewirtschaft ebenfalls ein Druck auf das Energiepreisniveau ausgehen wird.

Die Erkenntnis dieser Tatsache sollte eine realistische, auf die langfristigen Erfordernisse ausgerichtete Preispolitik zu einem wesentlichen Bestandteil der österreichischen Energiekonzeption machen. Eine auf kurzfristige Stabilisierungseffekte ausgerichtete Preispolitik der Bundesregierung würde die gesamte Energiewirtschaft bei der Erfüllung ihrer zukunftsorientierten Aufgaben hindern und die Wirtschaft im allgemeinen und den Energiekonsumenten im besonderen später vor wahrscheinlich kaum zu bewältigende Belastungen stellen.

Die Wirtschaft wird ein steigendes Energiepreisniveau ohne Einbusse ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit nur dann zu bewältigen vermögen, wenn diese Anpassung über einen längeren Zeitraum planmässig erfolgen kann. Eine nach kurzfristigen Gesichtspunkten orientierte Preispolitik würde sich daher längerfristig zwangsläufig in hohem Mass stabilitätsgefährdend auswirken.

- 6) Die niederen Produktkosten haben insbesondere für Treibstoffe und Ofenheizöl eine hohe Verbrauchsbesteuerung erlaubt, die - nicht nur in Österreich - weit über die Einnahmen der erdölerzeugenden Länder hinausgegangen ist. Bei Treibstoffen beträgt die Steuerbelastung heute bis zu 70 % des Verkaufspreises. Es wird energiepolitischer Überlegungen bedürfen, ob in Anbetracht der steigenden Energiekosten derartige Steuerbelastungen in Zukunft tragbar sind.

Auch die Frage der Verwendung von Steuermitteln zur Finanzierung von Energievorhaben wird im Zuge einer koordinierten Energiepolitik zu überdenken sein.

- 7) Trotz der Gefahr einer Energieverknappung besteht nach wie vor in verschiedenen Bereichen ein relativ niedriger Nutzungsgrad der eingesetzten Energie (z.B. Umwandlung von Wärmeenergie aus Erdöl, Gas und Kohle in elektrischen Strom oder Treibstoffverbrennung im Kraftfahrzeug, etc.). Die Koordination aller energiewirtschaftlichen Belange, insbesondere auf den Sektoren Forschung und Rationalisierung, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, sollte diesem Umstand besondere Beachtung schenken. Konkrete Massnahmen gegen Energieverschwendung wären in Erwägung zu ziehen.

Eng verbunden mit diesem Problem sind Fragen des Umweltschutzes. Eine rationelle Energieverwendung wird dem Umweltschutz im allgemeinen entgegenkommen. Problematisch aber und in ihrer Zweckdienlichkeit zu überprüfen sind jene Forderungen des Umweltschutzes, die einen gesteigerten Energieverbrauch zur Folge haben (z.B. extreme Bleireduktion in Benzin oder die einer optimalen Nutzung der verfügbaren Energie entgegenstehende Limitierung des Schwefels im Heizöl nach Emissions- statt nach Immissionsgesichtspunkten).

- 8) Für den möglichen Fall eines Energienotstands müssen entsprechende Vorkehrungen getroffen werden. Die Notwendigkeit einer gesetzlich verankerten, über das ganze Bundesgebiet verteilten Pflicht-Lagerhaltung für Mineralölprodukte und die Vorbereitung eines Rationierungssystems für den Krisenfall erscheint auch für Österreich unerlässlich. Die Kosten für die Errichtung der über die normale Lagerhaltung hinausgehenden Pflicht-Lagerkapazitäten sowie für die Finanzierung der eingelagerten Produkte müssten in der Form eines Zuschlages auf die Verkaufspreise durch den Konsumenten getragen werden. Entsprechende Systeme sind im benachbarten Ausland seit vielen Jahren in Kraft. Das Vorhandensein von Pflichtlagermengen (zumindest in dem von der OECD empfohlenen Ausmass) würde auch in Krisenzeiten eine preisstabilisierende Auswirkung haben.
- 9) Österreich wird nicht in der Lage sein, seine Energieversorgungsprobleme auf längere Sicht allein zu lösen. Es erscheint daher essentiell, dass Grundsätze der Energiepolitik Österreichs mit jenen anderer europäischer Staaten - unter Bedachtnahme auf den Neutralitätsstatus - soweit übereinstimmen, dass dadurch die Sicherheit der Versorgung aber auch die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft gewährleistet wird. Eine Mitarbeit Österreichs im Energiekomitee der OECD mit seinen Unterkomitees und Arbeitsgruppen sollte dafür Gewähr geben.

Wien, im Mai 1973